

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 12

Artikel: Sozialismus : eine Verpflichtung zum "Unmöglichen"?
Autor: Schelker, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337966>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Markus Schelker

Sozialismus — eine Verpflichtung zum «Unmöglichen» ?

Die eidgenössischen Wahlen sind vorüber. Sie haben allen Regierungsparteien Verluste gebracht, Verluste, die – wenn man von der spezifischen Situation Zürichs einmal absieht – nicht sehr gross waren. Zahlenmässig hat sich nicht viel geändert. So beschränken sich denn die meisten Kommentare darauf, die Tatsache, dass die Kommunisten nunmehr in Fraktionsstärke in den Nationalrat einziehen werden, zu bedauern und daneben noch ein wenig in Empörung über die «demagogische» Konsumentenpolitik des Landesrings zu machen. Auch fehlt es nicht an Hinweisen auf die amplitudenreiche Geschichte dieser Partei. Was sind schon sechs Sitze mehr, gemessen an zweihundert? Dem erneuten Übergang zur Tagesordnung steht, wenn man den Kommentaren auch führender Sozialdemokraten Glauben schenken will – nichts mehr im Wege.

Zahlenmässig hat sich nicht viel – oder besser gesagt – noch nicht viel geändert. Mich vermag diese numerische Stabilität nicht zu beruhigen. Vielmehr muss ich mich je länger desto mehr fragen, ob in dieser Zeit nicht eine Verantwortung steht, die wir Sozialdemokraten übernehmen sollten – und vor der wir uns drücken? Damit meine ich die Verantwortung, einmal grundlegend all jene Werte und Institutionen neu zu überdenken, von denen unser Land zu leben vorgibt. Sollten wir nicht einmal den Mut aufbringen, zu fragen, was in der Schweiz von heute noch lebendige Wirklichkeit ist und was bloss noch liebgewordene, althergebrachte, aber leere und zeitfremde Fassade? Sollten wir es nicht mehr wagen dürfen, zu fragen, bloss weil wir ahnen, dass die Antworten uns möglicherweise dazu zwingen könnten, die Verantwortung der Regierungspartei mit der Verantwortung einer demokratischen Opposition zu vertauschen, die sich für eine neue Schweiz einsetzt?

Die radikal-liberale Bewegung des 19. Jahrhunderts hat vor über hundert Jahren aus dem Staatenbund den damals vorbildlichen Bundesstaat geschaffen. Aus dieser Tat heraus ist die heutige Schweiz entstanden. Wohl hat die staats-

rechtliche Ausgestaltung der Schweiz im Laufe der Zeit einige bedeutende Änderungen erfahren – vor allem durch das Gesetzesreferendum und die Proporzwahl des Nationalrates – doch in ihren Grundzügen wurzelt die Schweiz nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch politisch im Geist von 1848. Dieser Geist, versinnbildlicht durch das Tabu des Föderalismus einerseits und einen gewissen Konservativismus, an dem auch die Sozialdemokratie partizipiert, andererseits, ist vielen Menschen ein wenig fremd geworden. Man spürt irgendwie, dass dieser Geist nicht mehr der Geist unserer Zeit ist – und doch halten sich viele krampfhaft daran fest, weil sie sich eine andere Schweiz einfach nicht vorstellen können.

Der Geist eines Landes manifestiert sich in seinen Institutionen und im Verhalten der Träger dieser Institutionen. Versagen diese Institutionen, werden ihre Leistungen mangelhaft, so ist es nötig, dass man versucht, die Ursachen dieses Versagens zu ergründen.

Man kann nicht bestreiten, dass wir bisher mit unserem Staat und seinen Institutionen ganz gut gefahren sind. Seine Leistungen in der Vergangenheit sind beachtlich. Wir aber müssen fragen: wie werden seine Leistungen in zehn, zwanzig, in fünfzig Jahren sein? Sind neue Institutionen, sind grundlegende Strukturwandlungen unseres Staatsgebildes notwendig, damit wir den Aufgaben von morgen, um die wir heute schon wissen sollten, gewachsen sein werden? Und hier versagen die Institutionen unseres Staates, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ihre verantwortlichen Träger – und das sind letztlich wir alle – nicht bereit sind, sich die ehrliche Gewissensfrage nach dem Sinn und Unsinn des Bestehenden im Hinblick auf die Zukunft zu stellen. In der Unfähigkeit, die traditionellen Maximen «schweizerischen Geistes» kritisch an den Erfordernissen einer völlig veränderten Umwelt zu messen, liegt das Grundproblem unseres Landes. Diese Unfähigkeit führt zu jener Politik der kleinen Schritte und der grossen Angst vor wichtigen Entscheiden, die unseren politischen Alltag kennzeichnet. Man sagt in diesem Zusammenhang oft, der Kompromiss gehöre zum Wesen der Demokratie. Dies ist richtig, wenn man den Kompromiss als das Ergebnis wirklich grundsätzlicher Auseinandersetzungen versteht, um das in echter geistiger Anstrengung gerungen werden muss. In diesem Sinne akzeptiere ich den Kompromiss: als das Resultat des Aufeinanderprallens grundlegend verschiedener Meinungen. Plant man hingegen den Kompromiss schon von vorneherein in seine Meinungsbildung ein in der Absicht, dem Gegner möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten, so lehne ich ihn ab. Wenn eine Partei – oder eine andere soziale Gruppierung – stets nur mit Postulaten an die Öffentlichkeit gelangt, die im Augenblick «politisch möglich» erscheinen, dann betreibt sie eine Politik der kleinen Schritte, dann wird sie konservativ und unfruchtbar. In diesem Sinne ist auch die SPS zu einer konservativen Partei geworden. Es gehört zum Wesen einer Grundsatzpartei, dass sie für Postulate eintritt, die im Augenblick vielleicht «politisch unmöglich» sind. Ihre Aufgabe ist es, die Menschen vom Sinn des angeblich Unmöglichen zu überzeugen, eine Mehrheit dafür zu ge-

winnen und es auf diese Weise möglich zu machen. Ein Blick in die Geschichte der Sozialdemokratie beweist, dass unsere Bewegung gerade dem Kampf für das Unmögliche ihren Aufstieg verdankt: Als die zweite Internationale beispielsweise den Achtstundentag auf ihre Fahne schrieb, war dies auch eine «Unmöglichkeit»!

Der Kampf um eine neue Schweiz

Wir haben oben erwähnt, dass es das Verdienst des Freisinns gewesen sei, den Kampf für die Schweiz von gestern und heute durchgestanden zu haben. Die Aufgabe, die sich der Sozialdemokratie stellt, lautet dahin, den Kampf für die Schweiz von morgen aufzunehmen. Dieser Kampf kann nicht von irgendeiner kleinen Gruppe – beispielsweise vom Landesring – geführt werden, sondern er muss eröffnet werden von der grössten Partei unseres Landes – von unserer SPS! Die erste Stufe dieses Kampfes wird darin bestehen, ein Aktionsprogramm aufzustellen, das klar und deutlich zum Ausdruck bringen soll, wie wir Sozialdemokraten uns die Schweiz von morgen vorstellen. Grundziel des Programms: Totalrevision der Bundesverfassung, in der etwa folgende Postulate verwirklicht werden könnten (die nachfolgende Aufstellung soll als exemplarische Anregung verstanden werden, die weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Ausschliesslichkeit erhebt):

- grundsätzliche Überprüfung der Stellung der Kantone untereinander und zum Bund;
- Vermehrung der Bundeskompetenzen;
- Überprüfung der Stellung der zweiten Kammer;
- Einführung des Kabinettsystems;
- Institutionalisierung des Einflusses der Wirtschaftsverbände durch die Schaffung eines Wirtschaftsrates;
- Überprüfung des Schul- und Erziehungswesens in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Als weiteres Postulat, das unabhängig von einer Totalrevision der Bundesverfassung angestrebt werden könnte, sei der Ausbau der AHV zu einer existenzsichernden Vollversicherung erwähnt. In diesem Sinne möchte ich den Vorstand der SPS auffordern, unverzüglich eine Kommission zu bilden, die mit der Ausarbeitung eines Entwurfes des Aktionsprogrammes zu betrauen wäre. In diese Kommission sollten ausser Vertretern der Partei auch namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Forschung, die unserer Bewegung nahestehen, berufen werden. Dieser Entwurf wäre anschliessend den einzelnen Sektionen zur Diskussion zu unterbreiten und spätestens bis Ende 1969 einem ausserordentlichen Parteitag vorzulegen.

Der Zeitpunkt ist gekommen, da wir Sozialdemokraten um unserer humanistischen Ideale und unseres Landes willen uns zu Zielen bekennen müssen, die vielleicht heute noch «politisch unmöglich» scheinen, für die wir aber durch unseren Einsatz und unseren demokratischen Kampf eine Mehrheit

werden gewinnen können. Zehntausende junger Menschen blicken auf uns, warten auf unseren Entscheid zur Tat und sind bereit, unser Bekenntnis zur Zukunft durch ihre Mitarbeit zu honorieren. Wir dürfen sie nicht mehr lange warten lassen!

Redaktioneller Nachsatz:

Unser Mitarbeiter Markus Schelker wurde unlängst zum Sekretär des Gewerkschaftskartells Basel ernannt. Zu dieser Wahl möchten wir nicht nur unserem jungen sympathischen Freund, sondern auch seinem neuen Arbeitgeber herzlich gratulieren. Gerade der vorstehende Beitrag ist ein Beispiel dafür, wie in den Reihen von Partei und Gewerkschaft diskutiert werden soll und muss, wenn sich die sozialdemokratische Bewegung nicht zum beharren- den Element in Politik und Wirtschaft entwickeln will. «Die Gewerkschaft wird nämlich keineswegs schwächer, sie wird stärker, wenn sie die Probleme so stellt, wie sie wirklich sind.» So schreibt André Gorz in dem mir von Bruno Muralt freundlicherweise zur Lektüre empfohlenen Werk «Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus».

Markus Schelker wird, nachdem er nun seine volkswirtschaftlichen Studien abgeschlossen hat, sein Amt anfangs des neuen Jahres antreten. Wir wünschen unserem Freund und Mitarbeiter in seiner neuen Tätigkeit viel Erfolg, innere Genugtuung und weiterhin jene Zivilcourage, die er in seinen Beiträgen zur innerparteilichen Diskussion immer wieder bewiesen hat. R. L.